



STELLUNGNAHME zum Antrag DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2019/1079
	Verantwortlich:	Dez. 1
Erstellung eines Konzepts für den ticketfreien ÖPNV		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Hauptausschuss	23.06.2020	3.1		x
Gemeinderat	30.06.2020	4.2	x	

Kurzfassung

Aufgrund der in letzten Monaten eingegangenen Anfragen und Anträge zu kostenlosem bzw. vergünstigtem ÖPNV sowie die bereits in den zuständigen Aufsichtsräten (VBK, AVG, KVV) geführten Diskussionen über die (finanziellen) Auswirkungen der Einführung eines kostenlosen oder vergünstigten ÖPNV, erfolgt die Aufarbeitung der Diskussionsergebnisse auf Basis der KVV- bzw. Verkehrsunternehmensspezifischen Daten durch einen Gutachter mit dem Ziel, dem Gemeinderat einen umfänglichen Überblick über den Sachverhalt zu liefern. Die Aussprache hierüber erfolgt im Hauptausschuss am 23.06.2020 sowie im Gemeinderat am 30.06.2020.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	noch nicht bezifferbar		
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu			
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridortheema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Aufgrund der in letzten Monaten eingegangenen Anfragen und Anträge zu kostenlosem bzw. vergünstigtem ÖPNV sowie die bereits in den zuständigen Aufsichtsräten (VBK, AVG, KVV) geführten Diskussionen über die (finanziellen) Auswirkungen der Einführung eines kostenlosen oder vergünstigten ÖPNV, erfolgt die Aufarbeitung der Diskussionsergebnisse auf Basis der KVV- bzw. Verkehrsunternehmensspezifischen Daten durch einen Gutachter mit dem Ziel, dem Gemeinderat einen umfänglichen Überblick über den Sachverhalt zu liefern. Die Aussprache hierüber erfolgt im Hauptausschuss am 23.06.2020 sowie im Gemeinderat am 30.06.2020.

Der Karlsruher Verkehrsverbund (KVV) hat in den vergangenen Jahren im Rahmen einer intensiv geführten Tarifstrukturreform verschiedene Formen der Tarifgestaltung untersucht. Diese Untersuchungen haben sich aber jeweils immer auf die finanziellen Auswirkungen auf den gesamten Verbundraum mit seinen sieben Gesellschaftern (Städte Karlsruhe, Baden-Baden und Landau, Landkreise Karlsruhe, Rastatt, Gernsheim und Südliche Weinstraße) bezogen. Eine detaillierte Aussage hinsichtlich der Auswirkungen von Tarif-Maßnahmen, die auf „Bestellung“ eines Gesellschafters oder sonstigen Dritten veranlasst werden könnten, gibt es bisher nicht. Auch in den Aufsichtsratssitzungen der beiden Verkehrsunternehmen VBK und AVG wurde jeweils in einem eigenen Tagesordnungspunkt die Thematik „Tarif“ eingehend erläutert und diskutiert. Vor diesem Hintergrund sieht es die Verwaltung als zielführend an, die gesammelten Erkenntnisse dem Gemeinderat in Gänze zu präsentieren, um einen abgestimmten Ansatz für die tarifliche Weiterentwicklung des ÖPNV in Karlsruhe sowie dem gesamten KVV-Gebiet zu erarbeiten. Da ein kostenloser bzw. vergünstigter ÖPNV starke Auswirkungen auf die notwendigen Verlustausgleiche der Stadt Karlsruhe an den KVVH-Verbund (Querverbund) hat, sollten entsprechende Anträge im Rahmen der Haushaltsberatung zum Haushalt 2021 im Herbst 2020 eingebracht und erörtert werden.